

Deutschland hat Zukunft | Präsenz + Stream

Neue Wege in der Altersvorsorge

Donnerstag, 23. Juli 2026, um 12:30 Uhr

Münchner Künstlerhaus, Festsaal

Lenbachplatz 8, 80333 München

Altersvorsorge – Handlungsbedarf aus Sicht der Wirtschaft

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen hier im Münchner
Künstlerhaus zu unserem
Deutschland-hat-Zukunft-Kongress
„Neue Wege in der Altersvorsorge“. Wir
übertragen diesen Kongress
auch per Livestream.

Besonders herzlich begrüße ich die heute aktiv
Beteiligten:

- Frau Professorin Tabea Bucher-Koenen,
Leiterin des Forschungsbereichs „Alters-
vorsorge und nachhaltige Finanzmärkte“
beim Leibniz-Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung in Mannheim,
- den Bundestagsabgeordneten
Dr. Konrad Körner von der CSU, erster
stellvertretender Vorsitzender der Jungen
Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
und Mitglied im Bundestagsausschuss für

Digitalisierung und Staatsmodernisierung,
lieber Konrad,

- sowie den Bundestagsabgeordneten
Sascha Müller von den Grünen, Mitglied
und Obmann im Finanzausschuss sowie
Sprecher der Landesgruppe Bayern.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit nehmen
und mit uns diskutieren!

[weitere persönliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

bei unseren letzten Veranstaltungen zum
Thema Rente und Altersvorsorge waren sich alle
Beteiligten einig: Der Reformbedarf ist akut.

Was uns zu schaffen gemacht hat: Die
Reformbereitschaft der Politik war bislang
überschaubar. Wenn rentenpolitische
Maßnahmen verabschiedet wurden, dann ging
es meistens um Leistungsausweitung.

Von grundlegenden Strukturreformen, die unsere Systeme der Alterssicherung zukunftsfähig machen, waren wir weit entfernt – meilenweit.

Das ist heute – zum Glück – anders. Erstmals seit langem scheinen echte Reformen greifbar.

Die Alterssicherungskommission hat Ende Juni 33 Empfehlungen vorgelegt. Dieses Maßnahmenpaket hat in Summe das Potenzial, unser Rentensystem auf eine neue tragfähige Basis zu stellen.

Hinzu kommt: obwohl tiefgreifende Veränderungen vorgeschlagen wurden, die weite Teile der Bevölkerung betreffen, besteht politischer Konsens, das Paket in Gänze umzusetzen. Und das soll auch noch schnell passieren: Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

All das verdient Respekt.

Meine Damen und Herren,

als Bayerische Wirtschaft haben wir uns hinter die Vorschläge der Alterssicherungskommission gestellt.

Klar: nicht alle Empfehlungen gefallen uns. Vieles hätte viel früher angepackt werden müssen. Ebenso ist uns aber bewusst: ein Rosinenpicken – egal von welcher politischen Seite – geht nicht! Gelingt das nicht, wird das Paket zerredet und im politischen Prozess verwässert werden. Das wäre fatal, denn wir brauchen so rasch wie möglich tiefgreifende Reformen in der Alterssicherung!

Außerdem geht es beim Rentenpaket um die Signalwirkung: Die Koalition hat damit die vielleicht letzte Chance, Handlungsfähigkeit zu beweisen und so auch das politische Klima in unserem Land zu drehen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte kurz auf ein paar Empfehlungen der Alterssicherungskommission eingehen, die aus Perspektive der Bayerischen Wirtschaft besonders relevant sind.

Erstens: Mit der Abschaffung von Frühverrentungsanreizen wie der „Rente mit 63“ und der geplanten Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, erkennt die Politik endlich die demografische Realität an. Das ist überfällig, und als vbw können wir uns sogar eine noch deutlichere Anhebung des Renteneintrittsalters vorstellen.

Mit dem vorgeschlagenen Modell wird das Renteneintrittsalter im Jahr 2041 schätzungsweise bei 67,5 Jahren liegen. Damit sind wir weit entfernt von den 70 Jahren,

- die von Teilen der Politik immer wieder als absolutes No-go bezeichnet werden,

- die bei einigen unserer europäischen Nachbarländer schon heute fest eingeplant sind.

Fakt ist: An einer längeren Lebensarbeitszeit führt kein Weg vorbei! Sowohl zur finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung als auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen.

Zweitens: Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Nachhaltigkeitsfaktor wieder in die Rentenanpassungsformel eingesetzt und sogar verschärft werden soll. Leider soll das erst nach dem Jahr 2031 erfolgen. Unserer Ansicht nach muss dieser Schritt früher kommen, um weitere drohende Kostenbelastungen zu verhindern.

Wir haben uns mit der Verlängerung der Haltelinie bei 48 Prozent bis zum Jahr 2031 keinen Gefallen getan, und es wäre sinnvoll, diese Entscheidung nun zu korrigieren.

Als wichtig erachten wir es auch, dass künftig eine Nettoersatzquote als politische Zielgröße

für eine lebensstandardsichernde Altersversorgung gelten soll. Diese Nettoersatzquote beschreibt das Verhältnis zwischen dem letzten verfügbaren Einkommen im Erwerbsleben und dem Nettoeinkommen im Ruhestand.

Eine solche Kennzahl ist wesentlich aussagekräftiger als das bislang immer im Fokus stehende Rentenniveau. Beachtet wird bei der Nettoersatzquote nämlich auch, welche weiteren Einkünfte aus privater und betrieblicher Vorsorge vorliegen. Damit wird dem Fakt Rechnung getragen, dass die gesetzliche Rente allein nicht zur Lebensstandardsicherung im Alter ausreicht und weitere Vorsorge nötig ist.

Drittens: Grundsätzlich befürworten wir auch, dass künftig das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung durch einen kapitalgedeckten Baustein ergänzt werden soll.

Kritisch ist allerdings, dass die Finanzierung dieses Bausteins über einen höheren Beitragssatz zur Rentenversicherung erfolgen soll. Der Zusatzbeitrag wächst von 2028 bis 2031 auf insgesamt zwei Prozentpunkte an, paritätisch finanziert durch Arbeitgeber und Versicherte. Die Mehrbelastung liegt bei 40 Milliarden Euro jährlich.

Die Arbeitskosten werden damit weiter in die Höhe getrieben und den Beschäftigten bleibt weniger Netto vom Brutto.

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir aber runter von unserer Spitzenposition bei den Arbeitskosten!

Daraus folgt: die Anstrengungen, die Gesamtbelastung bei der Sozialversicherung zu reduzieren, müssen nochmals deutlich erhöht werden. Die 40-Prozent-Marke muss wieder in greifbare Nähe rücken.

Wenn Arbeitgeber bei der gesetzlichen Rente stärker zur Kasse gebeten werden, muss es an anderer Stelle eine Kompensation geben!

Meine Damen und Herren,

der demografische Wandel hat den Reformdruck im deutschen Rentensystem stetig anwachsen lassen. In den letzten Jahren ist aber viel zu wenig passiert, um diesen Druck abzubauen.

Das muss und das kann sich jetzt ändern.

Wir appellieren an alle, die Empfehlungen der Alterssicherungskommission als Gesamtkonzept umzusetzen – mutig und gemeinsam.

Am Ende geht es um weit mehr als die Rente: Wir brauchen eine neue Aufbruchsstimmung im Land. In diesem Sinne: Packen wir es an!

Ich freue mich jetzt auf den Impuls von Frau Professor Bucher-Koenen, die Mitglied der Alterssicherungskommission war und so aus

erster Hand die Ergebnisse im Detail vorstellen kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!